

Misstrauen gegenüber Medien

## Berichterstatter unter Beobachtung

Kritik an den Medien hat Konjunktur. Informationen würden verschwiegen, heisst es dabei öfters. Dieser Vorwurf ist selten haltbar. Die Probleme liegen woanders.

von

Heribert Seifert

30.1.2016, 05:30 Uhr

10

[Kommentare](#)

Misstrauen gegen Medien ist in Deutschland ein verbreitetes Gefühl. Die Kritik zog mittlerweile aus dem zornigen Publikum in die «Mainstream»-Medien. So spricht der Branchendienst meedia.de vom

[«Fehler im System»](#)

. Für die Kulturplattform perlentaucher.de sind Medien

[«Teil der Schweigespirale»](#)

. Die «Schleswig-Holsteinische Landeszeitung» schreibt von der

[«Lückenpresse»](#)

. Die «FAZ» führt Buch über die

[Desinformationen im Fernsehen](#)

. Ein Reporter der linksalternativen «Tageszeitung» hört auch in seinem

Milieu den Satz :

[«Mal schauen, wie das nun wieder verharmlost wird.](#)

» Im Sozialprestige rangieren Journalisten gemäss einem

[«Stern»-Editorial](#)

[«unter dem von Drogendealern»](#). Der

[Medienwissenschaftler Horst Röper](#)

rät jungen Leuten von der Berufswahl Journalist ab. Und

[die CSU](#)

nimmt gerade den Begriff Lügenpresse ins rhetorische Arsenal auf.

### Katalysatoren des Unmuts

Als Katalysatoren dieses Wandels der öffentlichen Wertschätzung wirkten die Inszenierung des Pseudo-Skandals um den ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Wulff, die Berichterstattung über die Konflikte in Griechenland und in der Ukraine, die Sensationslüsternheit bei der Information über den Absturz der Germanwings-Maschine in Südfrankreich und vor allem das Medienbild der regellosen Masseneinwanderung nach Deutschland mit ihren Folgen.

Für Journalisten ist das eine unbehagliche Situation. Die professionellen Beobachter von Politik und Gesellschaft sind nun selber in den Fokus einer Aufmerksamkeit gerückt, die sie eher scheuen. «Die Unbelangbaren» hat sie gerade noch der Politikwissenschaftler Thomas Meyer in seinem Essay gleichen Titels genannt. Der verstorbene «FAZ»-Herausgeber Frank Schirrmacher sah die Machtfülle

[«journalistischen Übermenschentums»](#)

bei der Diskurssteuerung. Jetzt sind sie Parias unter dem Verdacht, die demokratische Öffentlichkeit zu beschädigen.

Alltägliche Handlungsrountinen, die professionelle Mentalität und auch die moralische Integrität stehen unter Dauerbeobachtung. Neben Internet-Watchblogs, die aus

[linker](#)

und

[rechter Perspektive](#)

Indizien für ein Medienversagen sammeln, will jetzt ein neues, leserfinanziertes Internet-Journal (uebermedien.de) unabhängige, professionelle Medienkritik präsentieren. Auf dem Buchmarkt wiederum wächst die Nische mit einschlägigen Untersuchungen. Der Versuch des Medienwissenschaftlers Bernd Pörksen, dagegen «Die Idee des Mediums» stark zu machen, überzeugt wenig, da die Beiträge des Sammelbandes nur mit dem argumentieren, was Medien sein könnten und sollten, während die Kritiker eine triste Empirie ins Feld führen.

## Beleidigtes Jammern

Die Angegriffenen reagierten mit beleidigtem Jammern über die Kränkung, mit der Ankündigung, künftig ebenso aggressiv zurückzuschreiben, und mit läppischen

[«Hausbesuchen»](#)

bei kritischen Zuschauern.

[Nachdenkliche Stimmen](#)

nehmen

[die Vorwürfe ernster](#)

.  
Eine solche Selbstreflexion muss freilich in einer Zeit des grundstürzenden Umbruchs im Gewerbe erfolgen: Die Auflagen der Tageszeitungen und Magazine sind weiter im Sinkflug, Entlassungen von Journalisten, zugleich aber auch neue Anforderungen durch die Digitalisierung und die Forderung nach intensivem Dialog mit dem oft lästigen Leser führen zu einer Verdichtung der Arbeit bei vielerorts verschlechtertem Einkommen. Und die Beschleunigung des Nachrichtengeschäfts in harter Aufmerksamkeitskonkurrenz erleichtert auch nicht gerade das Nachdenken über die eigene Berufspraxis.

## Unterdrückte Informationen?

Man sollte sich vom Lärm dennoch nicht dumm machen lassen und versuchen, berechtigte Kritik von polemischen Rundumschlägen zu unterscheiden. So ist der häufig erhobene Vorwurf der Nachrichtenunterdrückung der am schwächsten belegbare. Das zeigen gerade die medienkritischen Blogs: Dort hält man die Empörung über das angebliche mediale Beschweigen von Reizthemen gern mit Informationen aus Lokalteilen in Gang. Diese Form der Medienkritik muss sich ausgerechnet bei den verpönten Medien bedienen. Als Quelle verlässlicher Nachrichten sind Zeitungen und Zeitschriften durch Blogs eben nicht zu ersetzen. Auch in Köln war das

[nicht grundsätzlich anders](#)

.  
Redaktionen haben längst darauf reagiert, dass viele Leser das Internet kundig durchstöbern und dabei in Lokalmedien, in Anzeigenblättern, aber auch bei den Pressestellen der Polizei und Behörden oder in den sozialen Netzwerken Meldungen finden, die sie dann mit ihren Mitteln verbreiten. Den Informationsfluss in sozialen Netzwerken, der allerdings nur ein oft prekäres Rohmaterial liefert, verfolgen grosse Zeitungen mittlerweile [mit eigenen Redaktoren](#)

. Zu akzeptieren, dass dabei die gewohnte Autorität der «Gatekeeper» zugunsten eines eher dialogischen Verhältnisses zum Leser aufgegeben werden muss, fällt allerdings immer noch schwer.

## Fragwürdige Gewichtungen

Der Zorn der «Lügenpresse»-Angreifer richtet sich mit mehr Berechtigung auf die Placierung und Gewichtung der Nachrichten sowie auf die Einordnung in Kontexte. Hier werden Selektions- und Urteilkriterien wirksam, die mit

Überzeugungen, Werten, Weltanschauungen des Journalisten zu tun haben. Hier geht es auch darum, welche Quellen bevorzugt benutzt werden. Problematisch ist dabei nicht, dass der Journalist eine Meinung hat und publiziert. Selbst die häufig von Medienkritikern skandalisierte überdurchschnittlich hohe parteipolitische Neigung der deutschen Medienarbeiter zu linksstehenden Parteien muss nicht die Arbeit beeinträchtigen. Die sehr kritische Begleitung der rot-grünen Koalition in Deutschland von 1998 bis 2005 zeigte, dass man sehr wohl zwischen privater Orientierung und Berufsrolle trennen konnte. Für Thomas Meyer ist das Problem der «Spin, also der spezifische Dreh, den sie den Dingen geben, sowie den Rahmen, in dem sie sie einordnen und in dem sie sich verdeckt oder offen für bestimmte Personen und Anliegen einsetzen».

Die Verfertigung des Spins folgt der Konjunktur bestimmter medialer Darstellungsformen. So haben Thomas Meyer und der Fernsehautor Wolfgang Herles («Die Gefallsüchtigen») ausführlich beschrieben, wie die Orientierung an den heute bevorzugten Inszenierungsmitteln der Personalisierung, der Emotionalisierung und Dramatisierung das Verständnis für politische Prozesse und Entscheidungen beschädigt. Die Logik der Politik, die in ihrem Alltag Probleme langfristig und unter Berücksichtigung komplexer Interessenlagen abarbeitet, passt definitiv nicht zur herrschenden Medienlogik, die die Schockeffekte agonaler Dramatisierung oder empörungstarker Skandalisierung bevorzugt.

### **Auffällige Homogenität**

Schärfere Kritik hat der inhaltliche Spin anlässlich der Griechenland- und Ukraine-Berichterstattung provoziert. Vor allem im Fall der Ukraine erregten wiederkehrende handwerkliche Fehler zulasten einer Konfliktpartei den Zorn des Publikums, das einseitige Parteinahme skandalisierte. Das linke Online-Magazin «Telepolis» hat in einer Folge von Artikeln ([«Medien im Krieg»](#)) diese Kritik auf den Punkt gebracht.

Es geht dabei um eine bemerkenswerte Homogenität nicht bloss in der Kommentierung, sondern auch in der Kontextuierung und Deutung der Ereignisse. Hier liegt in der Tat eine erhebliche Schwäche deutscher Medien, die auch Journalisten beklagen und die durch die Meinungsblogs im Netz noch nicht behoben werden kann. So kritisiert Bernd Ulrich, stellvertretender Chefredaktor der «Zeit», in seinem Essayband «Sagt uns die Wahrheit», dass bei zentralen politischen Fragen ein Konsens herrsche, der nur eine «eng umgrenzte Zone des Denkbaren und des Abwegigen» zulasse: «Es werden Logiken und Sichtweisen geteilt, über die man sich so einig ist, dass sie gar nicht mehr als Sichtweisen erscheinen, sondern als schiere Selbstverständlichkeit.»

Wenn ein WDR-Redaktor berichtet, dass in seiner Redaktion eh alle die «Süddeutsche Zeitung» lesen, so dass monatsweise ein Mitglied zur Lektüre eine anderen Blatts zur Gewährleistung eines minimalen Pluralismus zwangsverpflichtet werde, so ist das ein Zeichen für fatalen Herden-Konformismus. «Unser journalistisches Personal ist zu einheitlich sozialisiert. Die Milieus sind zu ähnlich», sagt dazu «Zeit»-Chefredaktor Giovanni de Lorenzo [im Gespräch mit uebermedien.de](#)

. Wie sich durch Nachwuchsrekrutierung und milieuspezifische Sozialisation dieser Konformismus festsetzt, verdient gründlichere Untersuchung.

### **Unkritische Begeisterung**

Wie Markus Gärtner im Buch «Lügenpresse» dokumentiert, führt konformistische Berichterstattung zu eklatanter Wirklichkeitsverfehlung. Das

war der Fall bei der Einführung des Euro, bei der Erweiterung des Schengenraums und bei Ausbruch der Finanzkrise 2007/08. Unkritische Begeisterung für die gute europäische Sache und zu viel Vertrauen in die Akteure des Finanzgeschäfts und der Politik waren ungeeignet, um Probleme und Risiken rechtzeitig zu identifizieren. Wer mit einem über die Tagesaktualität hinausreichenden Gedächtnis geschlagen ist, wird sich erinnern, dass der Politologe Jens Hacker mit «Deutsche Irrtümer» 1992 eine vergleichbar niederschmetternde Bilanz der Urteilsqualität deutscher Leitmedien zur DDR gezogen hat.

Für den ehemaligen «FAZ»-Journalisten Udo Ulfkotte ist das der Stoff, aus dem er seinen medienkritischen Bestseller «Gekaufte Journalisten» strickt. Er erklärt die Verfertigung des Konsenses im Gestus der persönlichen Beichte («Ich war ein Täter») als Folge von Korruption und einer Verschwörung der Eliten mit Alpha-Journalisten. So richtig die

[Detailkritik an falschen Behauptungen](#)

des Buches und am Verschwörungskonzept auch ist, so ist Ulfkottes Vorwurf sachlich damit noch nicht erledigt. Das «Netzwerk Recherche» hat in der Studie

[«Gefallen an Gefälligkeit»](#)

gezeigt, dass Korruption eine reale Bedrohung journalistischer Unabhängigkeit ist. Peinlich für die Branche ist auch, dass ausgerechnet der Arbeitskreis «Corporate Compliance der deutschen Wirtschaft» einen

[Kodex für Medienarbeit von Unternehmen](#)

vorstellte. Begründung: «Unternehmen können heute in einem Ausmass redaktionelle Berichterstattung kaufen, wie das früher undenkbar war.» Dazu passt, dass meedia.de just im Dezember mehrere Artikel veröffentlichte, die

[das anrühige Zusammenwirken](#)

einer norddeutschen Regionalzeitung mit der Windkraftindustrie beschrieben.

## **Ausgrenzung von Abweichlern**

So simpel, wie Lorenz Maroldt, Chefredaktor des Berliner «Tagesspiegels», den

[grossen deutschen Medien-Akkord erklären möchte](#)

, geht es jedenfalls nicht: «Wenn sich ein Mainstream herausbildet, dann liegt das meist nicht am Marschbefehl einer Chefredaktion, sondern daran, dass die Mehrheit der Gesellschaft, zu der eben auch die Journalisten gehören, in ihren Grundüberzeugungen gefestigt ist.» Wie der Blick auf die Berichterstattung über die Masseneinwanderung zeigt, ist das eine bemerkenswerte ignorante Aussage. Eine «gefestigte Grundüberzeugung» wird man im Glücksfall am Ende einer offenen Debatte erwarten dürfen.

Hier arbeiteten die Medien dagegen von Anfang an mit rabiaten Denkverboten, mit Durchsetzung fragwürdiger Sprachkonventionen, mit der Umwandlung politischer Fragen in moralische Bekenntnisse und mit einer hoch aggressiven

[Ausgrenzung von Abweichlern](#)

, wie sie zuletzt in den Tagen der Baader-Meinhof-Jagd im Lande üblich war. Wenn eine

[Allensbach-Umfrage](#)

zum Ergebnis kommt, dass 45 Prozent der Deutschen ein offenes Gespräch über «Flüchtlingsfragen» nicht für möglich halten, dann ist das ein Alarmzeichen. Zu Recht weist Thomas Meyer darauf hin, dass die Qualität des Regierens davon abhängt, «ob alle, die von einer Entscheidung betroffen sind, die Möglichkeit haben, gleichberechtigt und wohlinformiert an ihrem Zustandekommen mitzuwirken. Je inklusiver die entsprechenden Prozesse sind, desto legitimer sind die entsprechenden Ergebnisse.»

An diesem Massstab gemessen ist die Berichterstattung über die deutsche Einwanderungspolitik lange Zeit

[so miserabel gewesen wie diese Politik selber](#)

. Sie hat sich zu häufig zum volkspädagogischen Sprachrohr einer hochriskanten Politik gemacht und dabei die Entfremdung vom Publikum und sogar eine Spaltung der Gesellschaft in Kauf genommen. Die Kölner «Nacht des Erschreckens» hat in vielen Redaktionen eine

[«Nacht der Erkenntnis»](#)

bewirkt. Ob das von Dauer ist, wird sich rasch zeigen.

## **Klage gegen verbale Randalierer**

Der «Berliner Zeitung» reicht es. Sie will juristisch vorgehen gegen jene, die ihre Redaktoren bedrohen und diffamieren. Eine erste Strafanzeige hat das Blatt eingereicht, wie es

[am Mittwoch mitteilte](#)

. Dass Besucher in Online-Foren über die Stränge schlagen, könne passieren, heisst es. Nicht akzeptabel sei es jedoch, wenn zu Gewalt gegen einzelne Personen aufgerufen werde.

Aktueller Anlass ist die

[Berichterstattung über ein 13-jähriges Mädchen](#)

, das in Berlin angeblich von Männern entführt und vergewaltigt worden ist. Entsprechende Behauptungen kursieren seit einigen Tagen in den sozialen Netzwerken. Ein Redaktor stellte kritische Fragen zum Wahrheitsgehalt der Geschichte und wurde deswegen angerempelt. Die «Berliner Zeitung» nennt das Twitter-Pseudonym einer Person, die schrieb: «Erweise Deutschland einen Dienst und scheidet freiwillig aus dem Leben.» Später erklärte diese, es müsse legal sein, dem Redaktor «wenigstens die Fresse zu polieren».

Bei einer AfD-Demonstration in Magdeburg sind am Mittwoch

[Journalisten angegriffen worden](#)

, wie

[der MDR schreibt](#)

. Ein MDR-Team wurde mit einem Pfefferspray angegriffen. Der mutmassliche Täter wurde gefasst.